

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

18. WP - 63. Sitzung

am Mittwoch, dem 30. November 2016, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peter Lehnert (CDU)

Vorsitzender

Astrid Damerow (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Wolfgang Baasch (SPD)

i. V. v. Regina Poersch

Birte Pauls (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Sven Krumbeck (PIRATEN)

i. V. v. Angelika Beer

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Weitere Abgeordnete

Serpil Midyatli (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa über die Arbeit des Nordischen Rates und mögliche Anknüpfungspunkte für das Land Schleswig-Holstein	6
2. Bericht der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa über ihre Reise in die Niederlande	7
3. Bericht der Landesregierung zum Handlungsplan 2016/2017 für die regionale Zusammenarbeit zwischen Sjælland und Schleswig-Holstein	9
hierzu: Umdruck 18/5289	
4. Ostseejugendforum März 2017 - Benennung der schleswig-holsteinischen Mitglieder/Ersatzmitglieder	10
5. a) Umsetzung der Resolution des 14. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Kiel und Entschließung zu nachhaltigem Wirtschaften	11
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/4843	
b) Umsetzung der Resolution der 25. Ostseeparlamentarierkonferenz in Riga und Entschließung zum Arbeitsmarkt	
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/4844	
6. Auswertung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission 2017	12
hierzu: Umdrucke 18/6945, 18/6950	
7. Bericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein bei dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages	13
Tätigkeitsbericht für das Jahr 2015 Drucksache 18/4056	
8. Bericht aus dem Ausschuss der Regionen	14
Einladung zur 120. Plenartagung des Ausschusses der Regionen Umdruck 18/6942	

- 9. Bundesratsangelegenheiten** **15**
[Umdrucke 18/6647](#), [18/6684](#), [18/6690](#)
- 10. Prüfung der Wahrung der Subsidiarität** **16**
[Umdruck 18/6944](#)
- 11. Verschiedenes**

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

In der Debatte um die Tagesordnung beantragt Abg. Voß, den Antrag der Fraktion der PIRATEN betreffend Investorenklagen verhindern, demokratisches Selbstbestimmungsrecht bewahren - Transatlantisches Freihandelsabkommen CETA stoppen, [Drucksache 18/4299](#), von der Tagesordnung abzusetzen, da es in seiner Fraktion noch Beratungsbedarf diesbezüglich gebe.

Abg. Dr. Breyer weist auf die Tatsache hin, dass der Punkt schon mehrfach aus gleichem Grund von der Tagesordnung abgesetzt worden sei, und kündigt an, gegebenenfalls vonseiten seiner Fraktion im Plenum darauf hinzuwirken, die Ausschussüberweisung zurückzuziehen, sollte der Ausschuss keine Beschlussempfehlung abgeben.

In der anschließenden Diskussion unterstreichen Abg. Waldinger-Thiering und Abg. Andresen, dass die von Abg. Dr. Breyer postulierte Eilbedürftigkeit aus ihrer Sicht nicht bestehe.

Abg. Damerow legt dar, dass sie die Befürchtung der Fraktion der PIRATEN nicht teile, aber bereit sei, in der Sache abzustimmen.

Abg. Weber weist auf die unterschiedlichen Auffassungen in der Koalition hin, die dazu führten, dass man diesen Antrag intensiv weiterberaten müsse.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und PIRATEN setzt der Ausschuss den Punkt von der Tagesordnung ab. - Abg. Dr. Breyer beantragt, den Punkt erneut am 18. Januar 2016 auf die Tagesordnung zu nehmen.

Die Tagesordnung wird in der vorstehenden, geänderten Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa über die Arbeit des Nordischen Rates und mögliche Anknüpfungspunkte für das Land Schleswig-Holstein

Frau Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, stellt die Schwerpunkte ihres Berichts (siehe Anlage 1 zu dieser Niederschrift) dar.

Abg. Weber interessiert sich für die Rolle Schleswig-Holsteins als Teil eines Föderalstaates in internationalen Organisationen und dessen Wahrnehmung auf internationaler Ebene sowie die Abstimmung der Landesregierung mit der Bundesebene. - Ministerin Spoorendonk legt dar, dass man sich von Anfang an mit dieser Fragestellung befasst, da das Land keine originäre außenpolitische Zuständigkeit habe, sich aber mit der Ostseekooperation schon seit geraumer Zeit in der Region engagiere. Ihr sei ein guter Kontakt zum Auswärtigen Amt, mit dem man Schritte abgestimmt habe, sehr wichtig, ein ebenso guter Kontakt bestehe zur Deutschen Botschaft in Kopenhagen.

Abg. Voß führt aus, dass es Teil der europäischen Entwicklung sei, dass auch Regionen Bestandteil von Netzwerken würden. Auf seine Frage im Hinblick auf die Aktivitäten Skandinaviens im Bereich der Nachhaltigkeit antwortet Ministerin Spoorendonk, man nehme sich aus der Zusammenarbeit, was für das Land wichtig sei, gleichzeitig nutze man die Chance, dem Nordischen Rat eine weitere Perspektive mitzugeben. Sie habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass sich der Nordische Rat schon konkret mit den Nachhaltigkeitszielen der UN beschäftige. Die Arbeit des Nordischen Rates werde von den beiden schleswig-holsteinischen Delegierten ihrer Einschätzung nach anders wahrgenommen werden als die Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz. Der Ministerrat verpflichte auch den Nordischen Rat, die Initiativen aufzugreifen und Bericht darüber zu erstatten. Insofern sei die parlamentarische Ebene stärker verankert als in anderen Bereichen, zum Beispiel in der Ostseekooperation. Auch das Verhältnis zu Russland spiele in den Beratungen des Nordischen Rates eine Rolle. Wichtig sei, jetzt weitere Netzwerke, zum Beispiel das Nordische Informationskontor in Flensburg, zu nutzen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa über ihre Reise in die Niederlande

Ministerin Spoorendonk berichtet über ihre Reise in die Niederlande (siehe Anlage 2 zu dieser Niederschrift).

Abg. Damerow interessiert zum Thema Nordseekooperation, wie die Niederlande selbst die Bedeutung dieser Kooperation einschätzten. Sie bittet zudem darum, den Wortlaut der Vereinbarung mit den Niederlanden zu erhalten ([Umdruck 18/7035](#)). - Ministerin Spoorendonk weist auf die konkret gehaltene Absichtserklärung, einen Letter of Intent, hin, der gemeinsam verabschiedet worden sei. Vorbild sei die deutsch-dänische Zusammenarbeit gewesen. Es gebe gemeinsam nutzbare Instrumente, zum Beispiel im Rahmen von INTERREG. Kulturelle Gemeinsamkeiten gebe es über das Friesische.

Abg. Weber thematisiert die Finanzierung der Nordseekooperation. - Ministerin Spoorendonk weist darauf hin, dass sich ihre im Rahmen des Berichts gegebenen Ausführungen hinsichtlich der Finanzierung auf Leeuwarden und dessen Status als Kulturhauptstadt bezogen hätten. In diesem Zusammenhang sei die niederländische Stadt auf der Suche nach Projektpartnern. Dies sei aber nur ein Teil ihres Besuches in den nordniederländischen Provinzen gewesen. Schleswig-Holstein sei an dem INTERREG-Projekt Northern Connections beteiligt, bei dem es um ein Energiecluster gehe, einem Projekt, an dem 20 Partner beteiligt seien.

Zur Nordseekooperation erläutert Ministerin Spoorendonk den derzeitigen Sachstand und geht dabei besonders auf die Situation der Nordseekommission ein (siehe Anlage 3 zu dieser Niederschrift).

Abg. Voss interessiert sich für die Rolle Schottlands, das sich jetzt stärker für eine Zusammenarbeit interessiere, und für die Motive Flanderns, die Zusammenarbeit wieder zu intensivieren.

Ministerin Spoorendonk legt dar, dass das Interesse Schottlands aus ihrer Sicht etwas mit dem angekündigten Brexit zu tun habe. Flandern sei bereits früher einmal Mitglied gewesen und stelle sich jetzt eine neu zu schaffende „Nordsee-Union“ vor. Das Sekretariat der Nordseekommission sei - wie üblich - in der Region angesiedelt, aus der die Generalsekretärin stam-

me, also in Västra Götaland. Ein Mitarbeiter sei von dort nach Brüssel entsandt worden. Erschwerend könne für die künftige Zusammenarbeit eine Strukturreform in Schweden und Norwegen sein, in beiden Ländern denke die Regierung darüber nach, die Anzahl der Regionen durch Fusionen deutlich zu verringern. Das könne Einfluss auf die regionalen Aktivitäten im Hinblick auf die Nordsee-Kommission haben. - Herr Pfannkuch, Leiter des Referats Nordseeangelegenheiten im Europaministerium, ergänzt, dass der Unterschied zwischen Flandern und Schottland darin bestehe, dass die Flandern sich bemühe, neue Verbindungslinien zur Britischen Insel für die Zeit nach dem Brexit aufzubauen. Schottland wolle einen Beobachterstatus beim Nordischen Rat erhalten. Auf County-Ebene gebe es unterschiedlich verteilte Interessen, in jedem Fall gebe es eine rege Diskussion innerhalb Schottlands.

Auf eine Frage des Abg. Voß zur Aktivität niederländischer Provinzen in der Nordsee-Kommission legt Herr Pfannkuch dar, dass alle niederländischen Küstenprovinzen Teil der Nordsee-Kommission seien. Praktische Formen der Kooperation würden derzeit ausprobiert.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung zum Handlungsplan 2016/2017 für die regionale Zusammenarbeit zwischen Sjælland und Schleswig-Holstein

hierzu: [Umdruck 18/5289](#)

Ministerin Spoorendonk trägt den Bericht über den Handlungsplan 2016/2017 vor (siehe Anlage 4 zu dieser Niederschrift) und weist in dem Zusammenhang auch auf die Unterrichtung 18/245 hin.

Zur Grenzpendlerberatung interessiert Abg. Damerow, ob die Landesregierung plane, diese Einrichtung auch finanziell zu unterstützen, zumal es ein Beispiel in Padborg dafür gebe. - Ministerin Spoorendonk legt dar, dass die Grenzpendlerberatung insgesamt derzeit in Padborg stattfinde. Die dänische Regierung fördere jetzt diese Grenzpendlerberatung mit zusätzlich 200.000 Kr. In dem Moment, in dem die Grenzpendlerberatung in der erweiterten Fehmarnbelt-Region aufgebaut werde, sehe sie durchaus Möglichkeiten, dieses finanziell zu fördern. Derzeit habe aber die dänische Regierung die Förderung dort platziert, wo auch die Beratung schwerpunktmäßig stattfinde.

Herr Seidler, Koordinator für die Zusammenarbeit mit Dänemark im Europaministerium, ergänzt, dass in der Vergangenheit die Landesregierung in Teilen die Grenzberatung ebenfalls gefördert habe, dabei sei es um ganz konkrete Projekte gegangen. Das Pendlerbüro sei derzeit damit beschäftigt, ein neues grenzüberschreitendes Projekt zur Grenzpendlerberatung auszuarbeiten, wozu ein Dialog mit den unterschiedlichen Ressorts stattfinde. So werde das Vorgehen auch in Zukunft sein.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Ostseejugendforum März 2017 - Benennung der schleswig-holsteinischen Mitglieder/Ersatzmitglieder

Abg. Pauls legt dar, dass man vonseiten ihrer Fraktion mit dem Teilnehmerschlüssel nicht ganz einverstanden sei; vielmehr wolle man mehr Jugendliche zu der Veranstaltung entsenden. - Abg. Voß regt an, sich mit „Jugend im Landtag“ in Verbindung zu setzen, um von dort Jugendliche zum Ostseejugendforum zu entsenden.

Frau Schmidt Holländer, Leiterin des Referats Europaangelegenheiten in der Landtagsverwaltung, hebt hervor, dass man die Ostseeregion ermutigen wolle, Jugendliche zu entsenden. Diese würden durch einen Fahrkostenzuschuss unterstützt. Die Idee, mehr Jugendliche aus Norddeutschland an der Veranstaltung teilnehmen zu lassen, werde sie dem Landtagspräsidenten vortragen.

Der Ausschuss kommt überein, sich über Benennungen zu verständigen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

a) Umsetzung der Resolution des 14. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Kiel und EntschlieÙung zu nachhaltigem Wirtschaften

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/4843](#)

(überwiesen am 16. November 2016 an den **Europaausschuss** und an den Umwelt- und Agrarausschuss)

b) Umsetzung der Resolution der 25. Ostseeparlamentarierkonferenz in Riga und EntschlieÙung zum Arbeitsmarkt

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/4844](#)

(überwiesen am 16. November 2016 an den **Europaausschuss**, an den Wirtschaftsausschuss und an den Bildungsausschuss)

Der Europaausschuss empfiehlt in Übereinstimmung mit dem mitberatenden Umwelt- und Agrarausschuss dem Landtag einstimmig die Annahme des Antrags der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 18/4843](#).

Ebenso einstimmig empfiehlt der Europaausschuss in Übereinstimmung mit dem mitberatenden Wirtschaftsausschuss vorbehaltlich des Votums des Bildungsausschusses dem Landtag, den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 18/4844](#), anzunehmen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Auswertung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission 2017

hierzu: [Umdrucke 18/6945](#), [18/6950](#), [18/6997](#)

Abg. Voß regt an, zeitnah einen Termin mit dem Ausschussvorsitzenden, den europapolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen, der Landtagsverwaltung und des Ministeriums zu vereinbaren, um sich über das weitere Vorgehen abzustimmen.

Abg. Wiegard wendet ein, dass mit dem Schreiben der Europaministerin aus seiner Sicht die Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung quasi aufgekündigt worden sei.

Abg. Voß weist auf den auch in dem Schreiben der Ministerin, [Umdruck 18/6997](#), erwähnten notwendigen Kabinettsbeschluss hin. Dies könne man gemeinsam mit der Landesregierung erörtern.

Herr Dr. Schliesky, Direktor des Landtags, legt dar, dass es sich aus seiner Sicht vermutlich um ein Missverständnis gehandelt habe, das dem Vorgang zugrunde liege. Man befinde sich in der Evaluation, die Teil der Vereinbarung gewesen sei. Er weist auf das Treffen der europapolitischen Sprecher im Juni des Jahres hin und unterstreicht, dass man mit dem jetzigen Vorgehen das Verfahren nicht ändern, sondern lediglich zu einem schlankeren Verfahren kommen wolle. Er halte ein Gespräch mit dem Ministerium in dieser Angelegenheit für zielführend.

Der Ausschuss kommt überein, am Rande der kommenden Plenartagung ein entsprechendes Gespräch zu führen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Bericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes
Schleswig-Holstein bei dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen
Landtages**

Tätigkeitsbericht für das Jahr 2015

[Drucksache 18/4056](#)

(überwiesen am 23. September 2016 an den **Sozialausschuss** und alle weiteren
Ausschüsse)

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Sozialausschuss, den Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten für das Jahr 2015, [Drucksache 18/4056](#), dem Landtag zur Kenntnisnahme zu empfehlen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Bericht aus dem Ausschuss der Regionen

Einladung zur 120. Plenartagung des Ausschusses der Regionen

[Umdruck 18/6942](#)

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Bundsratsangelegenheiten

[Umdrucke 18/6647](#), [18/6684](#), [18/6690](#)

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen zur Kenntnis.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Prüfung der Wahrung der Subsidiarität
[Umdruck 18/6944](#)

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Zum Tagesordnungspunkt 11, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, schließt die Sitzung um 11:30 Uhr.

gez. Peter Lehnert
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner
Geschäfts- und Protokollführer